

Gemeinsam

Die Grüne Zeitung zur Bürgermeisterwahl

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Seit der letzten Kommunalwahl erlebt Mörfelden-Walldorf politisch unruhige Zeiten. Die Koalition aus SPD, Freien Wählern und FDP regiert neo-liberal und technokratisch.

Besonders die Freien Wähler haben Kommunalpolitik bis heute nicht verstanden; sie sind nicht an sozialen Zusammenhängen orientiert. Man agiert ideologisch, rein wirtschaftlich denkend und von eigenen Interessen geleitet – **und die SPD macht mit.**

Die großen Aufregertemen sind bekannt: Die unnötige Erhöhung der Grundsteuer B, das Abhängen der Fluglärm-Banner, das Theater um die Straßenbeiträge, die neue Verkehrspolitik (weg von Tempo 30, keine neuen Radwege), ständig steigende Gebühren, Kürzungen bei den Kitas, Kürzung der Vereinsförderung, die Zentralisierung der Feuerwehr oder jetzt das Allerneuste: mehr als eine Verdoppelung der Abwassergebühren!

Diese Koalition hat sich inzwischen weit vom Bürger entfernt.

Mit wem man auch redet: Die Leute sind sauer und wollen, dass sich etwas ändert. Soviel Unzufriedenheit wie in den letzten drei Jahren, die sich in der Gründung von Bürgerinitiativen, Protestversammlungen, Kundgebungen oder Unterschriftensammlungen ausdrückt, habe ich in unserer Stadt noch nicht erlebt. Viele warten geradezu auf die Bürgermeisterwahl am 24. März.

Meine Motivation ist es, die Stadt den Bürgern zurückzugeben.

Das heißt in erster Linie mehr Dialog, mehr Aufeinanderzugehen, mehr Miteinander. Es darf nicht mehr über die Köpfe der Leute hinweg entschieden werden. Nur so kann mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft erreicht werden. Es geht hier um die Grundfragen der Demokratie. Es geht aber auch ums Geld. Ich will die Rückkehr zur sparsamen Verwaltung schaffen und die Gebührenpolitik sozialverträglich gestalten. Auf den folgenden Seiten habe ich diese und andere Punkte meines Wahlprogramms etwas weiter ausgeführt. Ich wünsche Ihnen eine informative und anregende Lektüre!

Ihr Thomas Winkler

Am 24. März haben Sie die Wahl!

Mörfelden-Walldorf braucht den Wechsel. Jetzt.

Verantwortungsvolle Gebührenpolitik geht anders

Gern wird im Rathaus an der Gebührenschaube gedreht, auch wenn man es gar nicht braucht.

Grundsteuer

SPD, Freie Wähler und FDP haben 2017 die Grundsteuer B auf 790 Punkte erhöht (heute 740), ein Spitzenwert im Vergleich zu anderen Kommunen. Die Mehreinnahmen von 2 Mio. wurden jedoch überhaupt nicht benötigt und so hatte der Haushalt 2017 am Ende einen Überschuss von 8 Mio. €.

Straßenbeiträge

Eine Straßenbeitragsatzung hätte schnell dazu führen können, dass sich einige Hausbesitzer mit einem fünfstelligen Betrag verschulden müssen. Nach massiven Protesten der Bevölkerung und einer Gesetzesänderung der Landesregierung wurde die Straßenbeitragsatzung wieder abgeschafft.

Feuerwehrgerätehäuser

Schnell mal ein neues Feuerwehrdomizil durchsetzen – entgegen der Warnungen der örtlichen Feuerwehr und der Bevölkerung. Neben hoher Bau- und Grundstückskosten hätte dies zu Personalausgaben für eine Berufsfeuerwehr von über 1,5 Mio. € jährlich geführt. Auf 20 Jahre gerechnet, wären so Mehrkosten von über 40 Mio. € auf die

Bürger der Stadt zugekommen. Zum Glück wurde der Größenwahn der Stadtregierung durch den Bürgerentscheid gestoppt.

Kläranlage

Die Kosten für die Sanierung der Kläranlage von ursprünglich 10 Mio. € liegen nun für Ausbau und Erweiterung bei mehr als 38 Mio. €. Die Abwassergebühr soll sich bis zum Jahr 2023 von 2,25 € pro Kubikmeter (Stand 2017) auf 4,93 € erhöhen.

Kitas, Schwimmbad, Büchereien, Friedhof

In vielen Bereichen gab es seit der letzten Kommunalwahl deutliche Gebührenerhöhungen. Gleichzeitig wurde in den Kitas Personal abgebaut und das Angebot verschlechtert. In den Büchereien müssen nun auch Sozialhilfeempfänger zahlen!

Die GRÜNEN sagen: Steuersenkungen sind möglich

Der Stadt geht es heute nicht mehr so schlecht wie noch zu Zeiten der Finanzkrise. Die Gewerbesteuereinnahmen sind seit 4 Jahren auf Rekordniveau, der kommunale

Finanzausgleich des Landes wurde ab 2016 deutlich aufgestockt. Geld wäre da für Steuersenkungen – die GRÜNEN weisen es dem Kämmerer Ziegler jedes Jahr genau nach. Doch unsere Stadtoberhäupter regieren die Kommune wie ein börsennotiertes Unternehmen – man will Gewinne erzielen.

Zurück zur sparsamen Verwaltung!

Das Geld der Bürger wird von der Koalition oft mit vollen Händen ausgegeben, z.B. für Prestigeprojekte wie das neue Stadtlogo, teure Gutachten zum Stadtmarketing, die Entwicklung von Baugebieten, neue EDV-Technik oder eine undurchsichtige Personalpolitik. Die zentrale Feuerwehr war auch so eine Prestigesache. Die neue Kläranlage wird viel zu groß geplant. Hier wollen wir umsteuern: Die Stadt muss zur Sparsamkeit zurückkehren.

Für mich und die GRÜNEN sind Steuern und Gebühren auch eine politische Entscheidung. Sie müssen sozialverträglich gestaltet werden!

Bestes Beispiel für die bürgerfremden Pläne der Stadtregierung: Die angestrebte Zentralisierung der beiden Feuerwehr-Standorte. Und auch das eingeschränkte Kita-Angebot bei gleichzeitig steigenden Gebühren läuft den Interessen und Bedürfnissen vieler Bürger zuwider.

Mörfelden-Walldorf braucht den Wechsel. Jetzt.



Feuerwehr Walldorf



Kindertagesstätte Parkstraße

Lärm über der Stadt

Am Flughafen wird das Terminal 3 gebaut, die Fertigstellung 2023 erwartet. Dann wird es noch mehr Flüge geben und die meisten davon gehen über Mörfelden „raus“.

Um das Terminal 3 zu füllen, werden noch mehr Flüge von sich unrentabel entwickelnden Kleinflughäfen und weitere Billigflieger wie Ryanair mit Sonderkonditionen angelockt.

Wir werden im Sommer, wenn die Fenster unserer Wohnungen wieder offen sein sollten, wenn wir im Garten oder in der Natur unterwegs sind, wieder mit startenden und landenden Maschinen im Zweiminutentakt gequält. Flugrouten werden hin und her geschoben, aber der Lärm bleibt. Dass man nebenbei auch noch den Bannwald in Langen und Kelsterbach für gigantische Sand- und Kieslöcher rodet, weil immer mehr Beton gebraucht wird, ist Teil eines unglaublich kurzsichtigen Profitdenkens.

Die NORAH-Lärmstudie hat gezeigt, dass der Lärm seine Spuren hinterlässt und die Menschen krank macht. Die Region braucht dringend ein neues Fluglärmschutzgesetz, das nicht den Lärm, sondern die Menschen schützt, und sie braucht ein ökologisches

Verkehrskonzept, das Bahnreisen attraktiver macht. Auch aktiver Schallschutz direkt am Fluggerät ist notwendig. Hier ist die Bundesregierung am Zug, doch wir vor Ort müssen mehr Druck machen.



Kita-Notdienst nur noch bis zum Sommer?

Randzeiten-Eltern brauchen Planungssicherheit

Die Pläne der Koalition von SPD, Freien Wählern und FDP zur radikalen Streichung der Randzeiten in den Kitas zeugen von einer Rücksichtslosigkeit den Eltern gegenüber. Sozialdezernent Ziegler sagte in den Gremien lapidar, die Randzeiten würden kaum genutzt und die Stadt könne sich das nicht mehr leisten. Bürgermeister Becker und die Sozialdemokraten schweigen dazu. Die Belegungszahlen des Jahres 2018 sprechen eine andere Sprache: Von der Kürzung des Angebots sind bis zu 187 Kinder morgens und 103 am Spätnachmittag betroffen.

Wir von den GRÜNEN haben uns klar für die Beibehaltung des Randzeitenangebots von 7 bis 7.30 Uhr bzw. 16.30 bis 17 Uhr ausgesprochen. Offensichtlich hat man im Rathaus die Lage der betroffenen Eltern immer noch nicht verstanden. Für wen gelten die Notdienstregelungen? Sollen Eltern nun ihre Arbeitsstelle wechseln, um ihr Kind pünktlich um 16.30 Uhr abholen zu können? Müssen Kinder nun die Kita wechseln und sich neu eingewöhnen? Ich halte dieses Theater für unzumutbar, weil die betroffenen Familien Planungssicherheit brauchen. Es gibt bis heute keine feste Zusage, ob und wie Randzeiten im nächsten Kitajahr angeboten werden.

Noch ein Ärgernis

Neben dem Abbau der Randzeiten hat die Rathaus-Koalition zum 1.1.19 die elternfreundlichen, flexiblen Buchungsmodule abgeschafft. Wer z. B. zuvor 6 Stunden Betreuung für sein U3-Kind in Anspruch nahm, muss nun 7,5 Stunden buchen und bezahlen, auch wenn diese Zeit gar nicht benötigt wird. Gleichzeitig wurden die Preise hier um fast 10% erhöht. Eine Frechheit!

Nicht mehr sozialverträglich

Die neue Kläranlage kostet inzwischen 38 Mio. – die Abwassergebühr soll um mehr als das Doppelte steigen

Die Stadtwerke Mörfelden-Walldorf bleiben weiter in der Kritik. Die GRÜNEN und ich halten die geplante Entwicklung der Abwassergebühren in Mörfelden-Walldorf für nicht mehr tragbar und fordern den Verzicht auf betriebsfremde Faktoren, die die Gebühr unnötig in die Höhe treiben. Die Stadt will die Abwassergebühr stufenweise von ursprünglich 2,25 € im Jahr 2017 über 3,67 € [2020] und 4,30 € [2021] auf einen Höchstwert von 4,93 € zum 1.1.2023 anheben und damit mehr als verdoppeln. Eine solche Anhebung stellt für Geringverdiener und viele Familien eine zusätzliche hohe Belastung dar. Die Pläne der Koalition von SPD, Freien Wählern und FDP sehen wir als nicht mehr sozialverträglich an.

Unsachgemäße Einflüsse treiben die Gebühren hoch

Dazu zählen wir von den GRÜNEN die überhöhte Verzinsung des Anlagekapitals, die zusätzliche Abschreibung zum Wiederbeschaffungswert, die geplante jährliche Entnahme durch die Stadt in Höhe von 438.000 € und die Konzessionsabgabe, zumal die Stadtwerke im Jahr 2019 noch einen Gewinn von 750.000 € erzielen sollen. All das bezahlen die Bürger mit ihren Gebühren, zusätzlich zu den regulären Betriebs- und Personalkosten. Diese sachfremden Einflüsse treiben den Preis um etwa 1 € pro Kubikmeter in die Höhe. Wir sagen: Diese Spitzenbelastung muss weg! Die Sanierung der Kläranlage allein verursacht bereits eine starke Erhöhung, die von der Bevölkerung erst einmal verkräftet werden muss.

Kläranlage zu groß dimensioniert

Ein besonderes Ärgernis stellt jedoch die überdimensionierte Planung der Kläranlage dar. Ursprünglich waren einmal 40.000 Einwohnergleichwerte vorgesehen; jetzt sollen es 56.000 EW werden. Allein das verteuert die Baukosten um knapp 5 Mio. €. Dahinter stehen die Wachstumsträume der Rathaus-Koalition. Diesen Plänen erteilen die GRÜNEN eine klare Absage.



Kläranlage Mörfelden-Walldorf



Grüne Mitte erhalten

Hände weg vom geschützten Grün- und Ackerland!

Es wird immer klarer, dass starke Kräfte in der Koalition ein Auge auf die Schutzgebiete zwischen Mörfelden und Walldorf geworfen haben und den Charakter der Landschaft verändern wollen. Alte Pläne aus den 1960er Jahren werden aus dem Keller geholt und das wichtigste Naherholungsgebiet der Stadt, ihre „grüne Lunge“ soll zubetoniert werden. Dabei geht es nicht um den Wohnungsbedarf der Menschen, die derzeit in Mörfelden-Walldorf leben. Es geht um das „Verscherbeln“ der Landschaft an Investoren und Spekulanten. Es ging beim Streit um die Feuerwehr im Kern genau darum! Ein Neubaugebiet im Feld zwischen Mörfelden und Walldorf ist ein Riesengeschäft – hier kann viel Geld verdient werden. Das vorgesehene Baugebiet mit einer

Größenordnung von 20 Hektar Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet. Hier sind die Voraussetzungen, ein Baugebiet auszuweisen, unter normalen Umständen raumplanerisch nicht gegeben. Da braucht es schon eine „Brechtstange“ und die glaubten die Herren im Rathaus mit der Ansiedlung der Feuerwehr gefunden zu haben.

Teure Wachstumsträume

Der erste Schritt wäre ein Neubaugebiet in einer Größenordnung von 1.200 Wohnungen und 3.000 Einwohnern. Ein solches Wachstum der Bevölkerung um 10% zieht enorme Folgekosten im Bereich der Infrastruktur nach sich. Der zusätzliche Bau und Betrieb von Straßen, Kindertagesstätten, Schulen

Mörfelden-Walldorf braucht den **Wechsel. Jetzt.**

oder Wasser- und Abwasserleitungen kostet mehr Geld, als über zusätzliche Einkommens- oder Grundsteuern zu erzielen sind. Bei allen durchgeführten Baumaßnahmen im Rhein-Main-Gebiet ergeben solche Strukturen einen negativen Saldo, selbst über Jahrzehnte nach Bezug der Wohneinheiten. Es ist wie so oft: Am Ende würde der Bürger die Folgen der Wachstumsträume der Politik bezahlen.

Das Grün- und Kulturland ist wichtig für die Naherholung, den Klimaschutz, den Grundwasserschutz und die Luftqualität der Stadt. Die grüne Mitte Mörfelden-Walldorfs steht zu Recht unter Schutz und für eine Bebauung nicht zur Verfügung. Dabei soll es auch bleiben.

Das muss besser werden:

1. Finanzpolitik

Rückkehr zur sparsamen Verwaltung. Steuern so niedrig wie möglich halten.

2. Kindertagesstätten

Personalschlüssel verbessern. Randzeiten für Berufstätige anbieten.

3. Sozialer Wohnungsbau

Städtische Wohnungen in Eigenregie errichten.

4. Klimaschutz im Alltag

Wieder fahrradfreundliche Stadt werden. ÖPNV ausbauen.

5. Flughafenpolitik

Aktiv für weniger Lärm. Probleme klar benennen.

6. Sanierung Kläranlage

Gebühren sozial verträglich gestalten. Keine Gewinne auf Kosten der Bürger.

7. Grüne Mitte erhalten

Keine neuen Baugebiete im Landschaftsschutzgebiet zwischen den Stadtteilen.

8. Vereine

Kürzungen zurücknehmen, Dialog verbessern.

9. Feuerwehrstandorte

Bürgerentscheid umsetzen. Gerätehäuser in Mörfelden u. Walldorf sanieren.



Kontakt:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
E-Mail: buergemeister@gruene-mw.de
www.gruene-mw.de/buergemeister